

FR 25.10.2015



Dieser prorussische Panzerfahrer wird wohl eher nicht wählen. Sei

## „Wir müssen jede

Die Ukrainer wollen die Kriegsgeschehnisse

*Herr Melnyk, das Augenmerk Moskaus liegt im Moment sehr stark auf Syrien. Spüren Sie in der Ukraine eine Entspannung?*

Ja. Und wir hoffen, dass diese ersten positiven Anzeichen jetzt anhalten, nämlich, dass die Waffenruhe im Großen und Ganzen hält. Dass man jetzt auch dazu übergeht, weitere Punkte des Minsker Abkommens umzusetzen, sprich: Abzug der russischen Truppen, Regionalwahlen nach ukrainischem Recht und die Kontrolle über die ukrainisch-russische Grenze. Wir danken unseren Partnern, vor allem auch der Kanzlerin, die bei der Deeskalierung eine Schlüsselrolle gespielt hat und immer noch spielt. Wir hoffen, dass diese Politik der kleinen Schritte, die von vielen – auch in der Ukraine – kritisiert wurde, jetzt Erfolge zeigt.

*Im Minsker Abkommen ist eine Amnestie für die einfachen Kämpfer im Donbass vorgesehen. Kriegsverbrechen sollen jedoch verfolgt werden. Gilt das auch für die ukrainische Seite, speziell für Ajdar- und Asow-Baillone, denen Menschenrechts-*

### ZUR PERSON



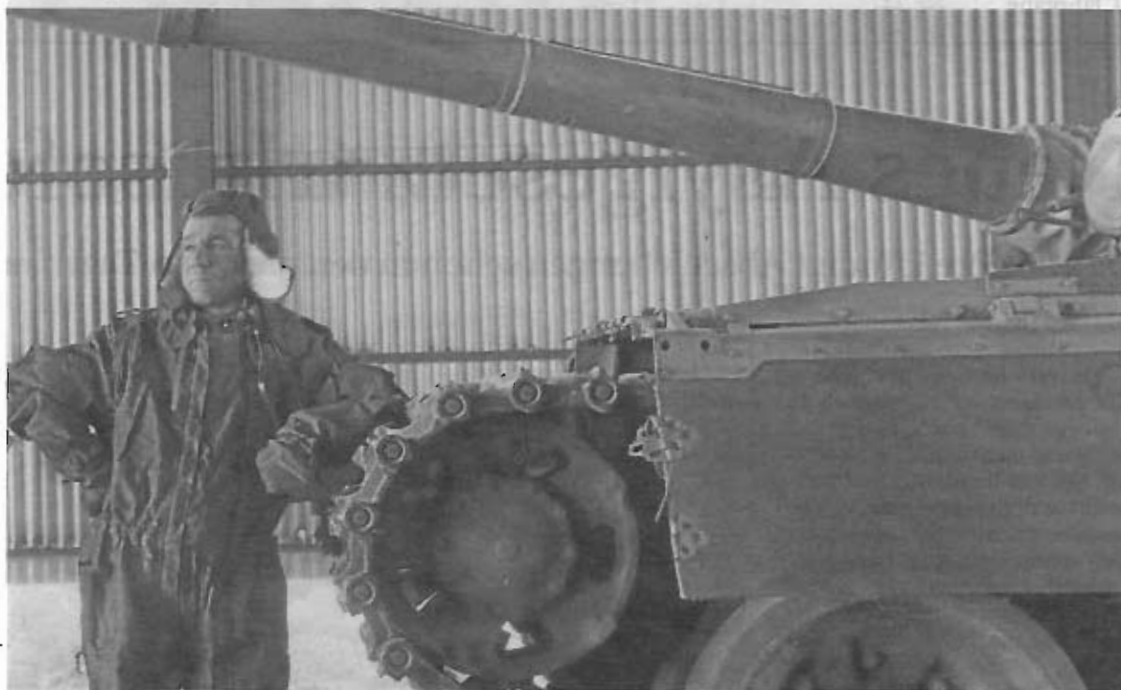
**Andrij Melnyk**, 40, ist Botschafter der Ukraine in Deutschland. Er stammt aus dem westukrainischen Lemberg (Lwiw). Der Völkerrechtler ist seit 1997 im

diplomatischen Dienst und war bereits als Konsul in Hamburg.

**Die Kommunalwahlen** in der Ukraine am Sonntag sind auch ein Stimmungstest für die aktuelle Regierung unter Präsident Petro Poroschenko. FR

*organisationen etwa illegale Erschießungen vorwerfen?*

Natürlich. Es gibt keine Amnestie für solche Taten auf ukrainischer Seite. Vor kurzem wurde eine Militärstaatsanwaltschaft etabliert, die jeden Vorwurf in dieser Richtung überprüfen soll. Wir gehen davon aus, dass keiner, der an solchen Verbrechen beteiligt war, egal ob das Freiwillige waren oder die Nationalgarde oder auch die Armee, einen Papierschleier be-



t drei Tagen ziehen Ukrainer und Rebellen ihre schweres Gerät aus der Kriegsregion ab. ALEKSEY FILIPPOV/AFP

## es Verbrechen aufklären“

aufgearbeiten, kündigt der ukrainische Botschafter an

kommt. Jedes Verbrechen muss aufgeklärt werden und die Schuldigen müssen für ihre Taten die Verantwortung übernehmen.

*Anfang September gab es mehrere Tote nach nationalistischen Ausschreitungen vor dem Parlament in Kiew. Wie groß ist Ihre Sorge, dass nach einem Ende des Kriegs im Osten die rechten Kräfte ihre Ziele mit Gewalt verfolgen könnten?*

Diese Gefahr dürfen wir nicht unterschätzen. Das sind Tausende Menschen, bewaffnet und mit Kampferfahrung. Aber da gibt es nur zwei Lösungen: Entweder bleiben diese ehemaligen Freiwilligenbataillone auch weiterhin in der Nationalgarde oder der Armee oder sie müssen entwaffnet werden. Die Politik wird in keinem Fall dulden, dass bewaffnete Gruppen in Kiew oder anderswo herumlaufen und sich für politische Zwecke instrumentalisieren lassen. Das wollen auch die Menschen in der Ukraine nicht.

*Sind Sie sicher?*

Ja. Die Ukrainer haben so viel Gewalt erlebt in den letzten Mona-

ten, sie werden ganz sicher nicht wollen, dass weiter Menschen mit Waffen herumlaufen, die ihre Rolle schon gespielt haben. Wir hoffen, dass die Ablehnung von gewaltsamer Politik sich auch in den Kommunalwahlen am Wochenende widerspiegeln wird.

*Die prowestlichen Kräfte in der Ukraine werden sich auch am wirtschaftlichen Erfolg messen lassen müssen. Deshalb brauchen sie Geld aus dem Westen. Wie weit ist Ihre Regierung im Gegenzug bereit zu gehen, was Reformen betrifft.*

Wir haben ja schon einige Reformen durchgesetzt, und das ganz ohne Hilfe. Ich will keine Vergleiche mit Griechenland ziehen, aber man muss schon sehen, dass das einzige, was wir haben, die Zusage vom Internationalen Währungsfonds ist. Und da ist jede Tranche mit harschen Bedingungen verbunden. Das wurde bis jetzt alles umgesetzt, zum Beispiel die Gaslieferung für die privaten Haushalte zu Marktpreisen. Die Rechnungen sind seit April um 330 Prozent gestiegen. Wir haben sogar dafür plädiert, dass

es einen EU-Rettungsplan für die Ukraine gibt, in dem man einen Betrag in Aussicht stellt, aber genau vorgibt, welche Reformen dafür notwendig sind. Wir wünschen uns, dass man etwas Systematisches auf die Beine stellt und nicht nur hier und da sporadisch hilft. Deutschland könnte da federführend sein. Eine Art Merkel-Plan, wenn Sie so wollen.

*In Deutschland beherrscht die Flüchtlingskrise die politische Agenda. Unter den Einwanderern sind einige Ukrainer, die den Dienst in der ukrainischen Armee verweigert haben. Können die in ihre Heimat zurückkehren, ohne Verfolgung fürchten zu müssen?*

Wir haben keine genauen Zahlen, aber es sind eher wenige, die vor der Mobilmachung nach Deutschland entwichen sind. Eine Entscheidung, die menschlich sicher verständlich ist. Diese Männer müssen keine Strafverfolgung oder Hetze fürchten. Wir haben andere Themen, die die Menschen bewegen.

Interview: Nadja Erb, Viktor Funk

20  
11